

Presse-Information

Nr. 954

17. Dezember 2009

Heute mit folgenden Themen:

- Verkehrskampagnen brauchen überprüfbare Ergebnisse
- Wie man den Christbaum sicher nach Hause kutschiert
- Bundesrat befasst sich kritisch mit EU-Aktionsplan „Urbane Mobilität“
- Pkw-Neuzulassungen boomten im November
- EU startet Umfrage zur Verbesserung der Fluggastrechte
- Antonio Tajani: Weihnachts- und Abschiedsgrüße vom EU-Verkehrskommissar

Die Pressestelle des ARCD möchte „Danke“ sagen für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr.

Wir wünschen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr 2010.

Auch wir machen jetzt aber einmal ein paar Tage Pause – die nächste ARCD-Press-Information erscheint deshalb erst in der 2. KW 2010!

Ihre

Josef Harrer, Jürgen Messelhäuser, Silvia Schöniger und Thomas Schreiner



Presse-Information

Verkehrskampagnen brauchen überprüfbare Ergebnisse

Bad Windsheim (ARCD) – Um die Frage einer systematischen Bewertung von Präventionsmaßnahmen in der Verkehrssicherheitsarbeit, also schlicht um Evaluation, ging es kürzlich bei einem Symposium des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR). „Dieser Herausforderung müssen sich die Organisatoren und Anbieter von Präventionsmaßnahmen stellen“, sagte DVR-Präsident Dr. Walter Eichendorf zur Begrüßung in Berlin. Die Evaluation einer Maßnahme ergebe wichtige Aussagen über deren Potenzial und Wirkung, unterstrich Prof. Georg Rudinger vom Zentrum für Evaluation und Methoden (ZEM) an der Universität Bonn. Dass dies mit Schwierigkeiten verbunden ist, stellte Dr. Eichendorf klar: Es sei nahezu unmöglich, einzelnen Maßnahmen der Verkehrssicherheitsarbeit eine definierte Zahl verhinderter Unfälle zuzuordnen. Prof. Rüdiger Timprop von der Universität Jena sprach sich dafür aus, dass Evaluation nicht zum Selbstzweck werden dürfe. Die Überprüfung sollte hauptsächlich jene Maßnahmen herausfiltern, die keine oder zu geringe Wirkung zeigten. Bei einer anschließenden Podiumsdiskussion erörterten die Experten sowie die Bundestagsabgeordneten Patrick Döring (FDP), Dr. Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen) und Hans-Joachim Hacker (SPD) im Zusammenhang mit dem Problem Evaluation auch Themen wie Überwachung und Kontrolle im Straßenverkehr. Döring sagte, es gehe weniger um die Dichte von Kontrollen, sondern um die strikte Anwendung von geltendem Recht bei Verkehrsverstößen. Hacker fügte an, dass 80 Prozent der Verkehrsunfälle auf menschliches Versagen zurückzuführen seien, weshalb Überwachungsmaßnahmen intensiviert werden sollten. Dieser Auffassung folgte auch Dr. Anton Hofreiter und forderte mehr Polizei auf den Straßen. Ein Weg zu weniger Unfällen sei die Umgestaltung von verkehrsunsicheren in sichere Straßen. Allerdings sei zu beobachten, dass nach einem entsprechenden Aus- und Umbau von Straßen die Unfallzahlen zwar allgemein zurückgingen, dafür aber die Zahl der schweren Unfälle zunehme. „Desto sorgloser Autofahrer auf gut ausgebauten Straßen fahren, desto leichtsinniger werden sie“, sekundierte Dr. Annetrin Wetzstein von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung. Professor Timprop berichtete aus Untersuchungen, wonach Teilnehmer von klassischen Schleuderkursen anschließend riskanter fahren und zu mehr Unfällen neigen würden als zuvor. DVR-Präsident Dr. Eichendorf erinnerte an die jährlich sinkende Zahl von Verkehrstoten und schloss die Frage an: „Müsste nicht der nächste Schritt sein, die noch immer hohe Zahl der Schwerverletzten zu verringern und in Richtung der Kategorie der leicht verletzten Unfallopfer zu verschieben?“ Als wichtige Voraussetzungen für noch mehr Verkehrssicherheit nannten die Podiumsteilnehmer fast unisono eine Wertebildung bei den Verkehrsteilnehmern hin zu mehr gegenseitiger Rücksichtnahme und einen noch stärkeren Fokus auf moderne Fahrzeug- und Straßenverkehrstechnik. Und der Grünen-Abgeordnete Dr. Anton Hofreiter wiederholte einmal mehr ein verkehrspolitisches Mantra seiner Partei: „Runter mit der Geschwindigkeit!“ **ARCD**
Diese Meldung hat 3 135 Zeichen.

Wie man den Christbaum sicher nach Hause kutschiert

Bad Windsheim (ARCD) – Viele Christbaumkäufer in Deutschland lassen sich in Deutschland in diesem Jahr Zeit mit dem Erwerb und decken sich erst in der Weihnachtswoche ein, ist aus Händlerkreisen zu hören. Je näher die Festtage rücken, um so besser stehen nämlich die Chancen auf Preisnachlässe. Mehr als die Hälfte (58 Prozent) der Käufer befördert den Baum im Kofferraum eines Autos und rund jeder Fünfte auf dem Fahrzeugdach, fand das Kfz-Portal www.auto.de in einer Umfrage heraus. Beim Transport auf der Straße ist viel Leichtsin im



Presse-Information

Spiel, beobachten Verkehrsexperten. Die Prüforganisation DEKRA warnt, dass die Zweige des Baumes auf dem Autodach nicht die Sicht des Fahrers behindern dürfen – was ja eigentlich selbstverständlich sein sollte. Seitlich und nach vorne darf die Ladung das Auto nicht überragen, am Heck höchstens 1,5 Meter überstehen. Der Baum sollte mit reißfesten Gurten gesichert sein, damit er sich unterwegs nicht selbstständig macht. Ein während der Fahrt verlorener Baum kann zudem 35 Euro Bußgeld kosten. Wer den Christbaum im offenen Kofferraum transportiert, sollte wegen der möglicherweise eindringenden Abgase mindestens ein Seitenfenster einen Spalt offen halten. Generell muss der Fahrer das Ende seiner Ladung für andere Verkehrsteilnehmer kennzeichnen, wenn sie um mehr als einen Meter über die Rückstrahler des Fahrzeugs hinausragt. Bei Helligkeit reicht es laut DEKRA, wenn man ein rotes, 30 mal 30 Zentimeter großes Fähnchen oder Schild gut sichtbar und pendelnd aufhängt. Bei schlechter Sicht, Dämmerung oder Dunkelheit sind an gleicher Stelle eine rote Leuchte und außerdem ein roter Rücklichter in maximal 90 Zentimetern Höhe vorgeschrieben. Das Kennzeichen und die Fahrzeugbeleuchtung müssen immer sichtbar bleiben. Auch wer seinen Weihnachtsbaum im Wageninneren transportiert, muss laut Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) darauf achten, dass die Ladung nicht die Sicht nach vorne und auf die Seitenspiegel verstellt. Während der Fahrt sollte der Baum festgezurt sein und den Fahrer nicht behindern. Für alle, die ferne Ziele ansteuern und auf einen Weihnachtsbaum nicht verzichten wollen, befördert die Fluggesellschaft Air Berlin das gute Stück bis einschließlich 24. Dezember auf ihrem gesamten Streckennetz kostenfrei im Frachtraum. Voraussetzung: Der Baum ist nicht höher als zwei Meter. **ARCD**

Diese Meldung hat 2 397 Zeichen.

Bundesrat befasst sich kritisch mit EU-Aktionsplan „Urbane Mobilität“

Bad Windsheim (ARCD) – In seiner Sitzung am 18. Dezember befasst sich der Bundesrat mit dem EU-Aktionsplan (Drucksache 756/09) der Europäischen Kommission. Darin werden kurz- und mittelfristige Aktionen vorgeschlagen, die bis 2012 schrittweise umgesetzt werden könnten. Im Einzelnen möchte die Kommission u. a. feststellen, wie sich die Fahrgastreuechte im urbanen öffentlichen Nahverkehr weiter stärken lassen. Darüber hinaus soll eine Studie in Auftrag gegeben werden, die sich mit den verschiedenen Zugangsvorschriften für unterschiedliche Arten von Umweltzonen in der EU befasst. Hierdurch will man mehr Erkenntnisse darüber gewinnen, wie die unterschiedlichen Systeme in der Praxis funktionieren. Ferner kündigt die Kommission an, auch in Zukunft Forschungs- und Demonstrationsprojekte unterstützen zu wollen, die die Markteinführung emissionsarmer oder emissionsloser Fahrzeuge sowie alternativer Kraftstoffe erleichtern. Eine weitere Studie soll sich mit der Frage auseinandersetzen, wie die Datenerhebung für den Stadtverkehr und die urbane Mobilität zu verbessern sei. Während der federführende Europaausschuss des Bundesrates den Aktionsplan nur mit Skepsis zur Kenntnis nimmt, begrüßen der Umwelt- und der Verkehrsausschuss laut einer Mitteilung des Bundesrates die Initiative der Kommission. Die vom Europäischen Rat im März 2007 angenommenen ehrgeizigen Klimaschutzziele zur Verringerung des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen ließen sich ohne eine an den städtischen Verkehr angepasste Strategie nicht verwirklichen. Zugleich stellen die Ausschüsse jedoch fest, dass der städtische Verkehr durch Richtlinien und Verordnungen zunehmend beeinflusst wird und die Kommunen von europäischen Anforderungen zur Luftreinhaltung und zum Lärmschutz überfordert sind. Aus Sicht des EU- und des Finanzausschusses enthält der Aktionsplan einige Initiativen, die



Presse-Information

vor dem Hintergrund der Eigenverantwortung der Kommunen und der Bemühungen um Bürokratieabbau kritisch zu sehen sind. Nach ihrer Auffassung besteht im Grundsatz keine EU-Zuständigkeit für den Stadtverkehr. Eingriffe in die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten, Länder und Kommunen seien daher abzulehnen. Vor diesem Hintergrund sollte sich das Augenmerk der EU-Verkehrspolitik eher auf die Verwirklichung großräumiger Vorhaben richten, wie zum Beispiel auf den Ausbau des Transeuropäischen Verkehrsnetzes. Auch der Innen- und der Verkehrsausschuss betonen die originäre Zuständigkeit der Kommunen für die Mobilität in der Stadt. Eine Einmischung in Entscheidungsprozesse der nationalen, regionalen und lokalen Akteure lehnen sie ab und erwarten auch künftig von der Kommission die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, wonach die kommunale Verkehrspolitik Gegenstand der kommunalen Selbstverwaltung sei. **ARCD**

Diese Meldung hat 2 849 Zeichen.

Pkw-Neuzulassungen boomten im November

Bad Windsheim (ARCD) – Diverse nationale Abwrackprämien schlugen sich in einer signifikanten Zunahme der westeuropäischen Zulassungen von Neufahrzeugen im November nieder. Laut Angaben des europäischen Herstellerverbandes European Automobile Manufacturers' Association (ACEA) wurden in EU und EFTA 1 182 082 Pkw neu registriert – das sind 26,6 Prozent mehr als im November 2008. Dennoch liegt das Gesamtergebnis der ersten elf Monate des Jahres 2009 um 2,8 Prozent unter den Verkaufszahlen des Jahres 2008, das der Autobranche ein spektakuläres Minus von 7,8 Prozent beschert hatte. Die meisten neuen Pkw wurden im November 2009 in Deutschland (279 725) und Frankreich (216 354) angemeldet: 19,7 Prozent respektive 48,3 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Auf den Rängen folgen Italien (182 976, + 31,2 Prozent) und Großbritannien (158 082, + 57,6 Prozent). Das Schlusslicht bilden Lettland (149 Neuzulassungen) und Island (63). Während der Automobilmarkt trotz starker Einbrüche in kleineren Ländern wie Irland (– 62,3 Prozent) und Finnland (– 36,1 Prozent) in den 15 „alten“ EU-Ländern über die ersten elf Monate des Jahres nur ein geringes Minus von 0,7 Prozent aufweist, war im Osten der EU ein Einbruch von 27,4 Prozent zu verzeichnen. Aufgeschlüsselt nach Marken brachte 2009 für die Volkswagengruppe bislang einen Zuwachs von 0,6 Prozent. Die Erhöhung der Marktanteile auf 21,2 Prozent verdankt Volkswagen vor allem steigender Nachfrage nach Modellen der Marken VW und Skoda. PSA (Peugeot und Citroën), der zweitgrößte europäische Hersteller, büßte 1,8 Prozent Umsatz ein, während die Renaultgruppe ein Plusprozent dank anhaltend hoher Nachfrage nach Dacia-Modellen (+ 27,3 Prozent) erwirtschaften konnte. Italienische Fahrzeuge von Fiat, Lancia und Alfa Romeo erfreuten sich 2009 ebenfalls steigender Beliebtheit (+ 5,5 Prozent), während der Verkauf von Modellen der Marken Mercedes (– 14,8 Prozent) und BMW (– 16,7 Prozent) gegenüber dem Vergleichszeitraum 2008 empfindlich zurückgegangen ist. Besonders hart traf die Krise den schwedischen Autobauer Saab (– 58,8 Prozent). **ARCD**

Diese Meldung hat 2 139 Zeichen

EU startet Umfrage zur Verbesserung der Fluggastrechte

Bad Windsheim (ARCD) – Die wenig zufriedenstellende Umsetzung der Fluggastrechte in der Europäischen Union hat EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani dazu veranlasst, eine europaweite Umfrage anzuordnen. „Die Flugunternehmen haben im Laufe der letzten Monate neue Geschäftspraktiken entwickelt, denen die europäische Gesetzgebung in Zukunft Rechnung tragen muss“, erklärte Tajani bei einer Pressekonferenz am 15. Dezember. „Ich denke hier an die



Presse-Information

Zunahme der Online-Reservierungen, Verrechnung von Kosten für Check-ins am Flughafen oder die so genannte ‚No-Show‘-Politik mancher Fluglinien.“ Hierbei handelt es sich um die verpflichtende Nutzung aller Teile eines Tickets. Manche Fluglinien weisen Passagiere, die etwa Hin- und Rückflug gemeinsam gebucht haben, jedoch nur den Rückflug in Anspruch nehmen wollen, beim Check-in ab. Die EU-Gesetzgebung sieht in diesen Fällen bislang keine Regelung vor. Bis einschließlich 1. März 2010 kann auf der Webseite der EU-Kommission der ausführliche Fragebogen unter <http://ec.europa.eu> aufgerufen und online beantwortet werden. Die Kommission will von ihren Bürgern erfahren, welche Vorkehrungen im Fall einer Insolvenz der Fluglinie getroffen werden sollten, ob die Einführung von EU-Standardformaten für Handgepäck oder von Minimalabmessungen für den Fußraum gewünscht werden oder wie viel Zeit dem Kunden bei Online-Reservierungen von Flugtickets zugestanden werden soll, um eventuelle Fehler ohne Mehrkosten zu korrigieren. **ARCD**

Diese Meldung hat 1 523 Zeichen.

Antonio Tajani: Weihnachts- und Abschiedsgrüße vom EU-Verkehrskommissar

Bad Windsheim (ARCD) – Zwölf goldene Regeln für sorgenfreies Reisen legte der europäische Verkehrskommissar Antonio Tajani Europas Bürgern auf dem Weg in die Weihnachtsferien ans Herz. Neben dem Hinweis auf das Anrecht behinderter oder älterer Personen auf Gratis-Hilfestellung in Bahnhöfen und Flughäfen zählte dazu auch der Verweis auf diverse Fluggastrechte und auf Entschädigungen bei Zugverspätungen von über einer Stunde im internationalen Verkehr. Tajani formulierte erneut die Empfehlung, vor Flügen in Drittländer unbedingt die europäische „Schwarze Liste“ unsicherer Fluglinien zu beachten (<http://ec.europa.eu/transport/air-ban>). Zuletzt rief der scheidende EU-Verkehrskommissar dazu auf, sich nie unter Einfluss von Alkohol oder Drogen hinter das Lenkrad zu setzen. „Damit möchte ich zum Abschluss meines Mandats die klare Botschaft an alle Europäer formulieren, dass sich die EU unermüdlich für ihre individuellen Rechte und die Verbesserung der Sicherheit beim Reisen einsetzt“, meinte der italienische Kommissar bei seiner vorweihnachtlichen Pressekonferenz am 15. Dezember in Straßburg. Das Gesamtpaket europäischer Rechtsetzung für Reisende könnte am 17. Dezember im EU-Verkehrsministerrat fertig geschnürt werden. Nach der jüngst erzielten Einigung auf Rechte für Schiffsreisende hofft Tajani auf einen Kompromiss in Bezug auf Busreisen. Die Rechte für Reisende dürften aber nicht nur auf dem Papier bestehen, so Tajani. Er habe so daher bereits Vorarbeit für seinen estnischen Amtsnachfolger Siim Kallas geleistet und die Vorbereitung einer EU-weiten Informationskampagne 2010/2011 über alle Aspekte der Rechte und Pflichten von Reisenden in der EU in die Wege geleitet. **ARCD**

Diese Meldung hat 1 765 Zeichen.

